

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 21. März 1905.

№ 33.

Achtung! Bestellungen auf das II. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Zur LehrlingsEinstellung.

Eine vom Tarifamte in den letzten Wochen unternommene Agitation zur weiteren Ausbreitung des Tarifes hat demselben von neuem zahlreiches Material darüber zugeführt, wie arg es in einzelnen Orten mit einer Ueberzahl von Lehrlingen getrieben wird, und wie notwendig es ist, hier mit allen Mitteln reformierend eingzugreifen. Als Hilfsmittel dazu sollte die Tagespresse dienen, die fast ohne Ausnahme in tariftreuen Druckereien hergestellt wird. Wir werden deshalb gebeten, den folgenden kleinen Artikel abzubringen, und an die tariftreuen Gehilfen das dringende Ersuchen zu richten, sich für den Abdruck desselben in denjenigen Zeitungen, in denen sie selbst beschäftigt sind, verwenden zu lassen. Ein gleiches Ersuchen ist seitens des Tarifamtes auch an die tariftreuen Prinzipale ergangen.

Der vom Tarifamte an die Tagespresse versandte Artikel lautet:

An Eltern und Vormünder. Mit dem heran nahenden Ostertermin kommt die Zeit, wo die der Schule entwachsenen Knaben den Beruf zu ergreifen werden, die bereit sind für sie die Quelle bieten sollen, zunächst sich selbst versorgt zu sehen, die in späteren Jahren aber auch so reichlich steuern soll, um einen eignen Herd begründen und den Pflichten gegen Staat und Familie nachkommen zu können. Da gilt es denn von vornherein zu prüfen, den Knaben vor allem in eine Lehrstelle zu bringen, wo 1. die Bedingungen vorhanden, daß ihm die nötige Anleitung und tüchtige Ausbildung zu teil wird, und wo 2. die Lehrwerkstatt ihm eine Empfehlung für die spätere Gehilfentätigkeit garantiert. Punkt 1 wird sich nur dann für den Lehrling ergeben, wenn er in eine Werkstatt kommt, wo die Lehrlingszahl zu der der Gehilfen in einem gesunden Verhältnis steht, und wo demnach Kräfte vorhanden, die dem Lernen fördernd zur Seite stehen; dort, wo die Lehrlinge in der Mehrzahl oder fast nur Lehrlinge vorhanden sind, wird es sich meist nur um eine einseitige Ausbildung derselben zwecks möglichst frühzeitigen Gewinnbezuges aus der Arbeitskraft des Lehrlings handeln, um denselben nach beendeter Lehrzeit als untauglichen Gehilfen für vogelfrei und stellunglos zu erklären, damit Platz für eine neue Lehrkraft gewonnen ist. Um diesem verwerflichen Gebaren im eignen Berufe entgegenzutreten, hat sich im Buchdruckgewerbe nahezu die Gesamtheit der Prinzipale und Gehilfen vereint und beschlossen, daß für die Folge nur solche Gehilfen Aussicht auf Unterkommen in den besseren Geschäften haben sollen, die in Druckereien gelernt, dessen Inhaber 1. den deutschen Buchdruckertarif beim Tarifamte der Deutschen Buchdrucker durch eine schriftliche Erklärung anerkannt, und wo 2. die Lehrlingszahl der im deutschen Buchdruckertarife aufgestellten Lehrlingskategorie entspricht. Für Eltern oder Vormünder entsteht nun die Pflicht, falls sie Knaben dem Buchdruckerberufe zuführen wollen, sich unter allen Umständen zu vergewissern, daß der Lehrprinzipal den deutschen Buchdruckertarif anerkannt hat; beachten dieselben das nicht, können sie sich des Vorwurfs nicht erwehren, über die Zukunft ihres Kindes in leichtfertigster Weise verfügt und diesem das spätere Fortkommen in bedeutendster Weise erschwert, wenn nicht ganz verschlossen zu haben. Die eingesezte Tarifbehörde im Buchdruckgewerbe wird streng darauf achten, daß diese Schutzmaßnahme gegen unlautere Konkurrenz und Lehrlingsmißbrauch streng gehandhabt wird, und ermahnt deshalb Eltern und Vormünder eindringlich zur Vorhutsicht bei Annahme der Lehrlinge zum Buchdruckerberufe. Sicherste Auskunft über sämtliche Firmen im Deutschen Reiche erteilt kostenlos das „Tarifamte der Deutschen Buchdrucker“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241.

Bünderische Sisyphusarbeit.

Von Karl Unterholzner-München.

(Schluß.)

Herr Thranert geht dann sehr stark mit seiner „Neutralität“ krebjen und ist so liebenswürdig, mir das Gegenteil in die Schuhe zu schieben. Aber wann, wo und wie ich tatsächlich das Gegenteil vertreten, sagt er nicht, sondern begnügt sich mit dem bequemen Hinweis auf die „christlichen Gewerkschaften“. Nun, hoffentlich werden diese für die Thraner'sche Auffassung das richtige Verständnis besitzen und das hündlerische Kammerfensler'n nach Gebühr belohnen. Ich selbst habe das „christlich“ nie im Sinne „religiös“ oder „ultramontan“ aufgefaßt, sondern im Sinne der Gemeinamkeit der Menschewürde und Solidarität aller Arbeiter, und bin zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein „Christlicher“ mehr gewerkschaftlichen Korpsgeist und allgemeines Solidaritätsgefühl besitzt, als zehn Dähl oder Guenau zusammen. Ich habe zu keiner Zeit der religiösen oder parteipolitischen Betätigung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung das Wort geredet; davon ist weder in meinen Artikeln ein Hauch zu finden, noch in meinem persönlichen Verhalten auch nur der geringste Anlaß geboten. Im Gegenteil war ich stets ein strikter Gegner überall, wo sich solche Bestrebungen gleich welcher Richtung zeigten, und habe immer die vollständige religiöse und politische Neutralität als unerläßliche Vorbedingung fruchtbarer gewerkschaftlicher Arbeit erachtet. Was dagegen Thran. so schön als „Neutralität“ bezeichnet, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein ständiges Kavieren, allem positiv Gewerkschaftlichem aus dem Wege zu gehen, mit einem Worte Grundlosigkeit.

Die Begriffe „gewerkschaftliche“ oder „politische und religiöse“ Betätigung scheinen im Bunde nach wie vor nicht ohne Absicht undefinierbar und imaginär zu sein, wie neuerdings wieder Dähl bezeugt, der in seiner grenzenlosen Borniertheit (oder Bosheit) die Zugehörigkeit eines Verbandsmitgliedes zur christlichen Gewerkschaft in Parallele stellt mit der politischen Ueberzeugung eines solchen als Sozialdemokrat!

Daß aber die Neutralität auch nicht im Gutenbergsbunde in Reinkultur existiert, haben verschiedene Beispiele blinden Witzens im „Thp.“ nicht bloß gegen gewerkschaftliche und politische Gruppen, sondern auch ohne Not gegen die Religion bewiesen, und ich habe es ebenso wenig billigen können, wenn z. B. der „geistige“ Leiter Dähl von „pöflicher Verdummungspolitik“ in einem Johannisfestartikel schrieb, und ein anderer „Mächtegetern-Schrißsteller“ sich nicht „von den Pfaffen den Weg weisen lassen“ will, oder wenn, wie mir glaubwürdig versichert wurde, in einem mitteldeutschen Ortsvereine an Stelle praktischer Arbeit wegen eines der Bibliothek zur Verleurt geratenen „Pfaffenpiegels“ eine förmliche Katholikenhege entriert wurde. Ich habe einmal Dähl gegenüber erklärt und halte auch heute noch daran fest: „Es gibt keine absolute Neutralität, die nicht gleichbedeutend wäre mit gewerkschaftlichem Selbstmord“ (für die Organisation als solche), „sondern nur gegenseitige Toleranz“ (der Mitglieder unter sich). Die Neutralität des Bundes, soweit hiervon gesprochen werden kann, beruht aber zum größten Teile auf seinem gewerkschaftlichen Indifferenzismus. Solange man sich eben in der Rolle des Kritikers gefallt, hält es ja nicht schwer, farblos zu sein; anders aber wird es sein, wenn zu irgend einer bewegenden Frage positive Stellung genommen und praktische Arbeit geleistet werden soll, dann muß man sich entscheiden. Streng genommen ist ja auch unter „Neutralität der Gewerkschaften“ nichts anderes zu verstehen, als Achtung und Freiheit der parteipolitischen und religiösen Ueberzeugung der Mitglieder unter sich wie seitens der Organisation. Wenigstens soll es sein.

Sobald es sich nun im Bunde um mehr als reine Unterstützungsfragen handelt, um Prinzipienfragen, geht seine Homogenität in die Brüche, und es entsteht infolge der wenig abgeklärten gewerkschaftlichen Ansichten ein klaffender Riß, der der Hemmisch allen Fortschrittes ist. Während die einen mit Zähigkeit an der Fiktion des reinen Unterstützungsvereins festhalten, gehören die Sympathien eines andern Teiles den christlich-natio-

naln Organisationen; wieder andere fraternisieren mit den Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, Eisen-Bremen macht in Zirkularen mit dem offiziellen Ortsvereinstempel des Bundes für die „Arbeiterunion“ Propaganda und ganz verkehrte Käuze suchen ihr Heil in „liberalen Arbeitervereinen“! Und der Hauptvorstand steht schwankend und unentschieden inmitten dieser Brandung wie ein Gespinn, das sich in seinem Geschirre verstrickt hat. Thranert begründete die Passivität des Bundes in gewerkschaftlichen Fragen außerdem damit, daß 40 Proz. der Mitglieder Sozialdemokraten seien, die jede andre Betätigung als in ihrem Sinne perhorreszieren; wenn dies nicht eine aus den Fingern gejogene Behauptung zur plausiblen Begründung ist, so muß demnach die „neutrale“ Bundesleitung, um dies wissen zu können, politische Gefinnungsrieder, ein gewisses Spionagesystem betreiben. So bilden diese heterogenen Elemente eine ephemerne Einheit, die, sobald es sich um eine Frage des gewerkschaftlichen Prinzips handelt, in entgegengesetzter Richtung auseinanderstreben.

Ganz eigentümlich mutet es mich jedesmal an, wenn ich von den diesbezüglichen Generalversammlungsbeschlüssen der Delegierten, wo die freisenden Berge ein Mühslein geboren, so hervorragend sprechen höre. Um den gleich eingangs gegen mich gerichteten Hieb Thranert's zu parieren, set hier ein Urteil eines Delegierten über Delegierte wiedergegeben: „Zu beklagen ist nur, daß manchmal so völlig ungeeignete Kollegen wegen persönlicher Sachen halber zu so verantwortlichen Missionen kommen; man kann das nur mißbilligen. . . Zu solchen Kentern können doch nur Personen berufen werden, die in gewerkschaftlichen und organisatorischen Fragen auf der Höhe der Zeit stehen.“ Die Resultate waren auch danach; deshalb anderen gegenüber mehr Zurückhaltung und weniger Aufheben machen von der Resolution!

Auch die schone Ausrede, daß der Gutenbergsbund sich noch in der Entwicklung befindet — in ständig fortschreitender Evolution müssen wir uns doch alle befinden! — unter Hinweis auf die notwendigen großen Wandlungen der Gewerkschaftsbewegung, ist heute nach elf Jahren nicht haltbar, wo der Bund noch kein abgeschlossenes gewerkschaftliches Programm besitzt, obwohl er auf den aus dem Urstoffe der übrigen Gewerkschaftsbewegung gesammelten Erfahrungen hätte weiter bauen können, wie dies andere erst nach ihm entstandene Organisationen getan, die ihn längst überflügelt, während im Bunde diese Entwicklung stockt.

Daß mir „das richtige Verständnis für die Anschauungen innerhalb der Kreise des Bundes abging“, darin mag Thran. in dem Sinne Recht haben, als ich die herrschenden rüchständigen Ansichten nicht teilen konnte. Sonst aber bin ich von keiner in Betracht kommenden Seite bis nach meinem Austritte eines andern befehrt worden, im Gegenteil war der berufene Interpret des Bundes, der Redakteur, nach Ende Juli vorigen Jahres der Ansicht, „daß wir uns, weil eines Weistes, verstehen“, und mich, wie bereits früher ausgeführt, hat, „an Ihrem Prinzip wie bisher festzuhalten“, und „zu bedenken, daß es einer großen Anzahl Bundesmitglieder ebenso wie Ihnen ergeht, nur mit dem Unterschiede, daß dieselben nicht in der Lage waren, infolge mangelnder Gesellegaben, so für die Allgemeinheit und im Prinzip zu arbeiten, wie Sie; nichtsdestoweniger aber fühlen diese Kollegen sich auch nicht befriedigt, aber sie werfen die Hinte nicht in die Mäßen, sondern denken: „Nach ist Polen nicht verloren!“ und ich bin gewiß, die nächste Generalversammlung steht in einem andern Zeichen, und zwar in dem Zeichen, wie Sie es für den Gutenbergsbund wünschen.“ Sehen Sie, Herr Thran., so werden Sie durch Stimmen aus dem eignen engsten Kreise widerlegt!

Herr Dähl alias Schulze macht mir den Vorwurf, daß ich vor der Generalversammlung über die präkäre Lage des Bundes nichts habe verlauten lassen und mich dadurch einer großen Pflichtverletzung nach allen Seiten hin schuldig gemacht hätte. Gut gebrüllt! Allerdings hatte ich noch nie das Bedürfnis nach einem Gedanken-austausch mit Personen vom Kaliber eines Dähl — so wenig wie viele andere —, aber wenn es ihn interessiert, so mag er die Gelegenheit, die ich ihm später vorschlage, benutzen, um Einsicht zu nehmen in eine Korrespondenz,

daß mit mir seit der Zeit der Abwärtsbewegung des Bundes (1901) einseitige Personen aus den maßgebendsten Kreisen desselben sich dieser Tatsache voll bewußt waren. Im „Zyp.“ dies ziffermäßig darzulegen, wäre mir doch, wie ein Exekutive wohl wissen sollte, aus nur zu naheliegenden Gründen nie möglich gewesen, aber in allen meinen Artikeln hat es deutlich hindurchgeklungen, und ich habe es vor und nach der Generalversammlung mündlich und schriftlich rückfallslos ausgesprochen, wie ich denn auch nicht zuletzt aus diesem Grunde von den Genuaus und Konforten widerrechtlich ausgeschlossen wurde. Daß die Generalversammlung vor einem ungeschminkten Einblicke in anderer, milderer und für sie nutzbringenderer Form verschont geblieben, ist das hohe Verdienst des würdigen Genossenschaftsbrüders Genuau. Oder sollte der Hauptvorstand wirklich selbst so ahnungslos gewesen sein? Gerade meine Erkenntnis der immer trister sich gestaltenden Lage im kaufalen Zusammenhange von Ursache und Wirkung war doch der eigentliche Beweggrund, der mich an Stelle des bisherigen Unterstützungsbereichs die gewerkschaftliche Idee und die Konsolidation propagieren ließ, die gerade von Dahl aufs heftigste bekämpft wurde. Durch die schleierhaften Angaben über die Mitgliederbewegung wurde es aber obendrein noch sehr erschwert, diese genau zu verfolgen und sichern Einblick zu gewinnen.

Im Vereine mit Dahl suchte ich die Beschwichtigungsrat Thr. die Kassen- und Mitgliederverhältnisse zu retten, gibt zwar mit gut gespielter Offenheit und Bonhomie den Rückgang zu, geht aber natürlich um die Verhältnisse herum wie die Rache um den heißen Brei und hütet sich ängstlich, auch nur eine meiner Forderungen zu erwägen, um ja niemand kopfscheu zu machen. Dagegen zieht er den Mitgliedern den Strohhalm durch den wässrigen Mund und erzählt, wie der Bund um 50 000 Mk. mehr haben könnte, wenn — ja, wenn die Weissenfeller Generalversammlung 1897 nicht den Beitrag um 10 Pf. herabgesetzt hätte! (Ich war übrigens kein so reduktionslüsternes Finanzgenie. Aber weil dies nicht zur ganzen Rechnung stimmt, wird die Reversoite der Medaille nicht gezeigt; daß im andern Falle die Unterstützungen so wesentlich erhöht worden wären, daß geringstenfalls von den 50 000 Mk. nur ein Bruchteil hätte übrig bleiben können.) Also multipliziert in harmloser Geisteschwäche nur so fort mit Grazie, bis die gefolterte Denksfabrik den Dampf quittiert! „Es ist gesagt worden, daß es ein Fehler gewesen ist, daß die Weissenfeller Generalversammlung den Beitrag auf meine Anregung um 10 Pf. herabsetzte. Die Sache liegt aber doch etwas anders. Auf dieser Generalversammlung wollten Sie die Leistungen unverhältnismäßig hoch stellen, welche selbst bei dem damaligen Beiträge nicht möglich gewesen wären. . . Warum haben wir denn den Beitrag in der Hamburger Generalversammlung nicht erhöht?“ Mit dieser schon im Jahre 1902 auf dieselbe Behauptung gefallenen Widerlegung der den Mitgliedern vorgemalten Fata Morgana führe ich keine geringere Autorität ins Feld als den „Bundesvater“ Hermann, den nun dessen kleiner Epigone Thr. nach Belieben widerlegen kann.

„Das Sprichwort: „Zahlen beweisen!“ ist eine billige Weisheit, die schließlich auch der Dummste zu seiner Rechtfertigung heranziehen kann.“ Mit diesem geistreichen Satze sucht der Rede Thr. meine, wie er sagt, „theoretische Beurteilung der Rechnungsberichte des Bundes“ sühn abzutun. Wenn noch nie, so kann hier gesagt werden: O si tacuisses, philosophus mansisses! Ich habe bisher nicht gewußt, daß die Rechnungsberichte des Bundes einen Dehnungsunterchied in Theorie und Praxis zulassen, bin aber für die späte Belehrung selbstredend dankbar. Wenn der Rechenkünstler Thr., der wie oben gezeigt, so gern und leichtfertig mit Nullen operiert, und an der Hand von Ziffern die alljährlichen Rechnungsberichte theoretisch kommentiert, also „Zahlen beweisen“ läßt, sich selbst mit seinem Weisheitsbuche coram publico eine schallende Ohrfeige appliziert, so ist das seine Geschmacksfrage; ich aber muß es beiseite abweisen, in seine von ihm etablierte Gesellschaft der Dummsten, wo er sich so wohl fühlt, einzutreten. Weil beim Bunde nie eine Voraussetzung zutrifft, die für andere eine Norm und ein Maßstab ist, so beweisen nach Thranetscher Definition die Zahlen eben nur dann, wenn sie zu seinen Gunsten sprechen. Mit „wenn“ und „aber“ wird nichts gesagt, und mir auch nur eine falsche Ziffer nachzuweisen, „verschmäht“ man, obwohl dies doch die einfachste und klarste Widerlegung von der Welt wäre. Gewiß bleibt unüberstritten, daß Ursachen für die Erscheinungen des allgemeinen Rückganges vorhanden sind, und ich habe sie auch klargestellt; mag Thr. sie anderswo suchen, die Tatsache bleibt doch bestehen. Und daß sie mit den Mitgliederverlusten 1901 ursächlich zusammenhängen, wurde auf der Generalversammlung 1902 erklärt, wo das Defizit hauptsächlich auf den Ausfall an Beiträgen der verlorenen Mitglieder gesetzt und dieser Ausfall bei der Beitragserhöhung gleich für 1903 mit eingerechnet wurde. Ohne weiteres zugegeben sei auch die allgemein bekannte Tatsache, daß fast alle Berufsorganisationen mehr oder weniger finanziell unter der Krisis geklitten haben, ebenso auch der Verband. Doch nicht das zweimalige Defizit als solches ist der springende Punkt, sondern für den Bund hat sich eine doppelte Erscheinung gezeigt in den letzten Jahren, und das ist das entscheidende Moment: die Mitgliederverluste und die Mitgliederflucht sowie die stete Gleichförmigkeit des Mißerfolgs, während der Verband zur selben Zeit um

Tausende von Mitgliedern zugenommen, was man anerkennen muß, ohne ein blinder Anhänger des Erfolges zu sein.

In einem eignen Artikel in Nr. 7: „Unser Invalidenkasse“, werden sodann Morphiumeinspritzungen gemacht. Da dieser Aufsatz in engstem Zusammenhange mit obigen steht, bin ich gezwungen, dabei kurze Zeit zu verweilen, um die „praktischen“ Berechnungen des „Adam Riese in der Weisheit“, die, weil bei ihm „das Sprichwort: Zahlen beweisen“, eine billige Weisheit ist, die schließlich auch der Dummste zu seiner Rechtfertigung heranziehen kann“, ihres doppelten Bodens wegen mit besonderer Vorsicht aufzufassen sind, einer kleinen „theoretischen“ Unterfuchung zu unterziehen.

Alle beantragen nicht auf versicherungstechnischer Grundlage aufgebauten Kassen beruhen auf der Basis der Zunahme der Mitglieder und des Erlages durch jungen Nachwuchs; sobald aber dies nicht mehr zutrifft, wie im Gutenbergsbunde sich die Anzeichen und Erscheinungen häufen, ist der notwendige Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben nur mehr durch Erhöhung der Beiträge oder Reduzierung der Leistungen, oder beides zusammen möglich, und trotzdem der schließliche Untergang unaufhaltbar. Obige Grundlage nahm auch der Hauptvorstand Illig als Voraussetzung an, indem er ausführte, „daß das Bestehen dieses Unterstützungszweiges bei fortgesetzter, selbst mäßiger Steigerung der Mitgliederzahl unzweifelhaft gesichert erscheint.“ Doch während in den ersten vier Jahren bei steigender Mitgliederzahl der ja keineswegs optimistisch aufgestellte Voranschlag um 7000 bis 10 000 Mark pro Jahr überschritten wurde, wurde derselbe im Jahre 1902 nur noch knapp erreicht; die vorhergehenden Jahre zugrunde gelegt, hätte er statt rund 25 000 Mk. die Höhe von 32 000 bis 35 000 Mk. erlangen sollen. Auch das Jahr 1903 stagniert, da es bei einer Gesamtannahme von rund 26 000 Mk. nur eine Beitragserhöhung von 200 und eine Zinsenmehrung von 500 Mk. in runder Summe erbrachte, wo es, gering gerechnet, nach Illigscher Annahme mindestens 35 000 Mk. hätte erbringen sollen! Wenn irgendwo, so zeigt sich gerade hier am deutlichsten der Einfluß der Mitgliederbewegung, da bei der separaten Invalidenkasse die finanzielle Wirkung eine unläugbare ist, und nicht auf die jeweilige Konjunktur, sondern ausschließlich auf die Verminderung der Mitglieder zurückzuführen ist, während Ueberfluß oder Defizit der allgemeinen Kasse unabhängig von der Mitgliederzahl vorwiegend von der Lage des Arbeitsmarktes beeinflusst wird.

Daß die Kasse heute erst nach zweijähriger Leistung an die Invaliden noch nicht bankrott ist, ist doch selbstverständlich, habe ich auch gar nicht behauptet. Der derzeitige, verhältnismäßig günstige Invalidenstand (mein, gleich ein Drittel Prozent) resultiert aber daraus, daß eben erstens, wie Illig seinerzeit ausführte, „bei Beginn der Leistungen dieses Unterstützungszweiges erfahrungsgemäß nicht sofort volle vier Prozent Invaliden vorhanden“ waren, bzw. zweitens einige Mitglieder, die bereits vor Beendigung der Kassenzeit staatliche Invalidenrente bezogen hatten, mit ihren Ansprüchen abgewiesen resp. mit einer einmaligen Entschädigung abgefunden wurden. Andernfalls wären die in der Berechnung angenommenen 13 Invaliden wohl überschritten, zu mindest aber erreicht worden. Von der früheren Grundidee, die Invaliden aus den Zinsen des Kapitals zu erhalten, ist man längst zurückgestuft und hat sie preisgegeben, da die Zinsen und sogar etwas darüber als Verwaltungskostenanteil absorbiert wurden, auch in Zukunft nicht oder nur teilweise liquide sind infolge des vorjährigen Beschlusses, den Invalidenzweig mit zwei Fünfteln heranzuziehen, um die allgemeine Kasse zu entlasten. Hier sei auch des Thranetscher Schwindelanfalles gedacht, worin zur Täuschung der Mitglieder, um mich ja recht ungläubig-würdig und widerprüchlich erscheinen zu lassen, behauptet wird, ich hätte 1902 im Budgetvoranschlag selbst für die von mir kritisierte unverhältnismäßig hohe Heranziehung des Invalidenfonds mit 4800 bzw. 3500 Mk. zu den Verwaltungskosten gestimmt; diese ganz gewöhnliche Lüge wird durch das Generalversammlungsprotokoll 1902 Seite 23 widerlegt, wonach lediglich die bisherigen 1500 Mk. eingelegt waren, denen auch ich zustimmte. Gegen mehr oder für mehr konnte ich nicht votieren, weil es sich erübrigte, da die Berliner Wettermacher einen günstigeren Abschluß für die Folgezeit prognostizierten.

Am Schlusse seines invaliden Artikels,ardon Invalidenartikels, läßt Thr. die gläubigen Leser durch sein für geschwächte Augen berechnetes zofarbenes Glas einen sorglosen Blick in die Zukunft tun, der ihrer Phantasie schmeicheln soll, und rechnet ihnen vor, dieweil hier fiktive „Zahlen beweisen“, daß unter Zugrundelegung von angeblich ungünstig angenommenen Verhältnissen nach Umfang des ersten Dezenniums der Wirkanteil der Kasse (1909), wo die zweite Klasse der bezugsberechtigten Mitglieder anfallt, von den laufenden Beiträgen noch immer jährlich 10 000 Mk. übrig bleiben würden. Nach dieser kurzen Spanne von fünf Jahren schließt die Prophetengabe Thrs., da er sonst zu dem Endresultate gelangen würde, daß mit diesen Schritten der Fonds an die Reihe kommt, nachdem die laufenden Beiträge nicht mehr ausreichen. Die glatte Rechnung hat eben insofern eine schwache Seite, die geeignet ist, alles über den Haufen zu werfen, als Thr. im Gegensatz zu Illig, der als erfahrungsgemäß vier Prozent Invaliden

berechnete, nur zweieinhalb Prozent annimmt, wodurch natürlich das verhältnismäßig günstige Bild sich ergibt. 2 1/2 Proz. sind für den stagnierenden Bund kein Höchstmaß, sondern wären sogar ein sehr günstiger Normalstand, da selbst der Verband, dessen Reihen immer wieder verjüngt und vermehrt werden, und der infolge seiner hohen Mitgliederzahl mit seiner Invalidenunterstützung leichter prosperieren kann, mit einem Prozentsatz von 1 1/2 bis 2 Proz. zu rechnen hat, der eher eine Steigerung als eine Reduzierung erfährt.

„Der Wert für das Bestehen einer Invalidenkasse liegt in der Zuführung neuer Mitglieder“, hat Herr Wegrich 1897 erklärt. Dieser Satz hat auch heute noch seine Berechtigung. Wenn aber erst, selbst den Beherrschungszustand an Mitgliedern und die Einnahme von 1903 mit 26 000 Mk. statt 22 900 Mk. (nach Thr.) angenommen, die von Illig und Kamperz zugrunde gelegten 4 Proz. anfallen, so ergibt sich ein Stand von rund 100 Invaliden, der mindestens jährlich 26 000 Mk. Rente erfordert, somit Beiträge samt Zinsen aufseht. Für jeden das Gleichgewicht des Etats überstreichenden, neu anfallenden Invaliden wäre dann ein Zuwachs von 25 bis 30 Mitgliedern notwendig, um die Rente aus laufenden Mitteln zu bestreiten, von dem Erlage abgegangener Mitglieder zu schweigen. Der Gutenbergsbund ist aber kein Jungbrunnen und gerade so wie die ibrigen Buchdruckinvalidenklassen, am fehlenden Nachwuchs zugrunde gegangen, liegt auch für den Bund darin der Todeskeim. Wasdenne Zahl der Invaliden einerseits, Niedgang bzw. Stagnation, also ungenügender Erlas andererseits, müssen in absehbarer Zeit zur Katastrophe in diesem oder jenem Sinne führen, denn wie ich geschrieben, und hier gezeigt, „von der Zu- oder Abnahme der Mitglieder ist gerade im Bunde mehr wie anderswo das ganze Schicksal der Unterstützungskassen abhängig“. Das Ende der Hamburger Invaliden- und Witwenkasse, durch deren Uebernahme trotz des Rezervefonds eine weitere Belastung eintreten wird, ist nur ein Beispiel im kleinen und wir werden ja vielleicht eher als manche glauben, den Ruf erschallen hören: Sie Dales, die Peite! Daran ist aber im eigentlichen Grunde weder die Höhe der gegenseitigen Leistungen noch der Invalidenstand, sondern in erster Linie die ganze verkehrte Taktik schuld. Nur wer den Nachwuchs beizigt, dem gehört die Zukunft!

Der Hinweis auf die schwankenden Mitgliederziffern im „Reichsarbeitsblatte“ ist haltlos, da alle meine Angaben über Mitglieder- und Kassenverhältnisse den eignen Rechnungsbüchern entnommen, nur die Schlüssziffer im dritten Quartale 1904 und die statistischen Angaben über die Arbeitslosigkeit dem „Reichsarbeitsblatte“ entlehnt waren. — Der Vorwurf, ich hätte selbst zur Verringerung der Mitglieder im Kreise V beigetragen, ist die gleiche beweislose Behauptung wie alle übrigen und wird am besten dadurch widerprochen, daß sein „Bruderberg“ Genuau bei der nunmehr vorgenommenen Kreisvorsitzendenwahl trotz aller angewandten Mittel und ohne unser Zutun glatt durchgefallen ist! Das ist das Urteil und die Antwort der Mitglieder. Der destruktive Charakter Genuaus und anderer, der den Ortsverein München wiederholt an den Rand des Ruins gebracht und ihm die Mitgliederverluste zuzugibt, während der Ortsverein nur durch das Verdienst der Personen aufrecht erhalten wurde, die mit ausgetreten sind, hat sich schon gezeigt und bewährt zu einer Zeit, da ich noch gar nicht in München war, ehe es eine Kartell- oder Gewerkschaftsfrage gegeben. Zu näheren Internia gern erbittig!

Die beste Parade ist der Hieb: „denk Thr., und selbst weidlich, daß ich gegenüber den Intrigen und Gewaltstreichen Genuaus und Konforten so „wenig großmütig“ war, statt meine Ausführungen durch das Gegenteil zu entkräften. Dafür macht er mir den Vorwurf der Statutverletzung — „weil's gleich is“, pflegt der Münderer zu sagen. Wer aber Behauptungen aufzustellen die Stirne hat, sollte auch den Mut besitzen, diese durch Beweise zu belegen, wenn er sonst als anständiger Mensch gelten will, nicht aber den eignen Wortbruch des Hauptvorstandes als Statutverletzung in die Schuhe schieben. Niemand ist ja heute so wie gestern, und so ist das Denken und Empfinden auch bei Thr. erst hinterher einer starken Revision unterworfen gewesen; er schreibt heute anders, als er gehandelt: was er heute „provokatorisch“ nennt, muß er früher nicht so gehalten haben, da er sich nach der Versammlung uns „Madaubrüder“ anschoß, und von seinen jetzigen Freunden am selben Abende nichts mehr zu sehen verlangte. So widerlegt er sich bis zum Schlusse durch die Tatsache, indem er unser Vorgehen bei der letzten Neuwahl der Vorstandsfahrt, zu dem wir vom Hauptvorstande ermächtigt waren, und das er jetzt als „Statutverletzung“ bezeichnet, mit den Schlussworten aufnahm: „... und es ist deshalb zu begrüßen, daß Sie sich endlich zum Handeln aufgerafft haben. Wäre das früher schon geschehen, so wäre Ihnen und uns schon so manches erspart geblieben.“ Und da wagt Thr. das Gegenteil zu behaupten!

Wenn er schließlich die Schärfe in seinem Debut wegen der „bayerischen Quersäpe“ auszuweichen und die Sache in seiner Umschreibung harmlos darzustellen sucht — es ist schon richtig, daß er sich vormittags in ähnlichem Sinne äußerte, abends aber in dem von mir wiedergegebenen (vielleicht können ihn seine hiesigen Freunde heraus-—otien) — so lassen sich damit die Augen- und Ohrenzeugen kein X für ein U machen, und ist nur die eine Entschuldigung dafür, daß er in der Hitze des Ge-

sechtes seine Gedanken über die bayerischen Mitglieder zu laut äußerte; möglich daß er eben in München war, wo bekanntlich „niemand ungestraft unter Diebstählen wandelt“. Hebrighs hat das ja niemand besonders krumm genommen.

Und nun noch kurz der „Mann mit der eisernen Stirn“, der im selben Wasser plätschert wie die anderen, bei dem es nicht zu verwundern ist, daß er persönliche Motive als das Alpha und Omega betrachtet, weil er selbst dem nacktesten Interessenstandpunkte huldigt, dessen energiegeladener Vertreter er in dem Prinzip der reinen Unterstützungskasse ist, und auf diesem dünnen Klepper als Ritter vor der traurigen Gestalt einbertrabt. Bei seiner Redfertigkeit greift er vornehmlich zur bewußten Unwahrheit. Ich habe ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er bei der Kandidatenfrage zu den Delegiertenwahlen für die letzte Generalversammlung 1904 in Berlin einen Antrag einbrachte — weil dies seine Chancen steigerte —, „der die Hauptvorstandsmitglieder wohl oder übel zum Besitze auf ihre Ehrenrechte als Bundesmitglieder zwang, und sie somit mandatslos machte“. Herr Schulze alias Dahl behauptet nun, erstens hätte er keinen Antrag gestellt und zweitens nur auf den betreffenden Weihenstepfeler Generalversammlungsbeschlusse hingewiesen, der diese Bestimmung enthielt und für den ich vor sieben Jahren selbst gestimmt hätte, und erzählt, um diese faustdicke Lüge glaubhafter erscheinen zu lassen, sogar eine Menge von Einzelheiten.

Der Beschluß, auf den sich unser geistige Fasstast stützt, hat gelaute: „Der Hauptvorstand hat, als über den Parteien stehend, kein Stimmrecht, hat jedoch zur Generalversammlung vollständig zu erscheinen.“ Damit war die bisherige Stimmberechtigung der Hauptvorstandsmitglieder als solche — wohlverstanden: als solche — gefallen, schloß aber nicht ihre Mandatsfähigkeit und im Falle der Wahl ihre Stimmberechtigung als Delegierte aus, wie denn in der Folge 1899 zu Hamburg drei und 1902 zu Berlin, wo gewiß die Kosten keine Rolle spielen konnten, zwei Hauptvorstandsmitglieder Mandate ausübten, denn die Hamburger Generalversammlung hatte die Zulässigkeit ungewisselhaft ausgesprochen dadurch, daß sie den Antrag des Kreises VIII (von Rudolph-Berlin selbst begründet): „Die Hauptvorstandsmitglieder sind nicht als Delegierte zur Generalversammlung zu entsenden“, ablehnte. Dies ist der Beschluß, gegen den Dahl verstoßen, und darin liegt die Entredung; ich hatte nicht für den Antrag, gegen den Stommel selbst gesprochen, gestimmt, sondern im Sinne des Beschlusses votiert, und dann war es nicht 1897 in Weihenstepfel, sondern 1899 in Hamburg. In Weihenstepfel dagegen ist es gewesen, wo Sie, Herr Dahl, mich darum angegangen sind, Sie bei den Wahlen zum Hauptvorstande für den Schriftführerposten in Vorschlag zu bringen, um somit ein Mandat hierzu zu ergattern, um mit Ihren Worten zu sprechen! Der geriebene Herr Schulze alias Dahl mußte die betreffenden Beschlüsse kennen (die ich im Protokolle von 1899, Seite 20 nachzuschlagen bitte) und hat sie gekannt, aber trotzdem er laut „Typograph“ 1904 (Nr. 24) im ausgesprochenen Gegenfasse zu den gefassten Beschlüssen den Antrag in der Berliner Versammlung vom 1. Juni: „Hauptvorstandsmitglieder als Kandidaten nicht aufzustellen.“ Gleichviel nun, ob direkter Antrag oder bloßer Hinweis, Tatsache bleibt, daß Dahl durch seine im Eigeninteresse (d. h. bezüglich seines Standpunktes) gelegene fälschliche Verungung auf einen Generalversammlungsbeschlusse, der in Wirklichkeit im entgegengekehrten Sinne lautete, die Berliner Mitglieder erbärmlich dämpfte, und die „Typograph“-Redaktion bietet in einem Redaktionschwange die Hand dazu, die Dahlsche Rabulistik zu bemänteln. Es kann nur ein Recht geben, und wenn ein höherer und späterer Beschluß besteht, der einen Antrag auf Mandatslosigkeit ausdrücklich ablehnt, also die Wahlsfähigkeit zuläßt, so ist jeder gegenteilige Antrag oder Hinweis statutwidrig. Solche Leute wie Dahl, die mit derartigen unfairen Mitteln ihr Ziel zu erreichen streben, gelten — leider — bei nicht wenigen als Heros einer guten Sache!

Ich begreife auch seine familiäre Freude, eines so unbequemen Gegners ledig zu sein, der seine Karten durchschaut und ihm so scharf auf die Finger gesehen; nur steht sein Siegesfrohslocken, daß unser Verlust eigentlich ein Gewinn in starkem Kontraste zu dem Mandats schreiben des Hauptvorstandes und der Entschuldigungsmache, mit welcher man den „Typograph“ unter Druckerdrucke gekehrt. — Wenn er uns in Verbände alles „Gute“ wünscht, und speziell mir als Angebinde seine volle Beachtung auf den Weg gibt und zur Nachachtung empfiehlt, so wird dies niemand tragisch nehmen, sondern ich werde diesen Schmerz zu ertragen wissen. Ein Dahl ist der letzte, der es nötig hätte, sich den Kopf über fremder Leute Köpfe zu zerbrechen.

Die Ergatterung eines Delegiertenmandates — ich muß darunter eine unerlaubte Handlung verstehen —, die der Herr „Schulze“ mir und meinen Freunden in die Schuhe zu schieben so fr — eundlich ist — er hat wohl an sein Ersuchen an mich in Weihenstepfel und an seine Wahlkämpfe in Berlin gedacht! — ist eine bloße, beweislose freche Behauptung, da ich die Wahl in keiner Weise beeinflusste, insoweit meiner Reservierung im Auslande sogar nicht beeinflussten konnte, und meine Freunde sonst nichts unternahmen, als zu meiner Wahl aufzufordern, was doch ihr unbestreitbares Recht war und überdies die Wahlsittel in die Hände Genuaus gefangen. Es zeigt dies aber wiederum, für wie dumm Dahl die Mitglieder des Bundes einer-

seits einschätzt, andererseits welchen geringen Respekt er vor dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten souveränen Willen der Mandatgeber empfindet.

Aber trotz aller Befriedigung darüber, daß er von uns künftig unbefehligt ist, heult er wie ein Schloßhund über den „Berrat“ (übrigens ein Vorwurf, den er schon früher einem ganz andern verdienten Hauptvorstandsmitglied als gemacht, und in dessen Verdacht er schon selbst gestanden), und im blinden fanatischen Untenschore ehot es nach, weil sie nunmehr die Konsequenzen ihrer Handlungsweise zu tragen haben. Wir hatten wahrlich lange genug geschwiegen aus höheren Gründen und alles über uns ergehen lassen, bis es eben einfach unerträglich war; wir hatten vergeblich gewartet und gebeten, so daß es niemand verwundern darf, wenn angesichts der Taktik und Haltung des Bundes und der gefährdeten Intrigen Genuaus und Konjorten der Bruch eintrat. Wir würden uns unter legalen Verhältnissen, in der Hoffnung und im Vertrauen auf den Sieg unzer als gerecht erkannten Ansicht, vor dem demokratischen Prinzip gebeugt haben, aber nicht vor Willkür und Intrigen, vor Statutverletzungen und Mitgliederentzweigungen, vor Doppelzüngigkeit und Wortbruch, die uns jede ehrliche Mitarbeit unmöglich machten. Wollen wir doch einmal Fraktur reden: Ist es denn nicht selbst ein Teil von Ihren Mitgliedern und Führern, die in schwerer Stunde zuerst Berrat am Verbands und an der Arbeiterfrage geübt? Wenngleich ich auch hier Entschuldigungen gelten lasse, aber wenn das Berrat ist, was ich geschrieben, das ein öffentliches, nur im „Typ.“ unterdrücktes Geheimnis war, dann müßte sich eben am Bunde bewahrheiten, daß, was durch Berrat emporgelassen wurde, auch wieder durch Berrat gestürzt wird.

Aber auch als ein Virtuoso in Heuchelei erweist sich Herr Dahl. Er, der Erfinder der famosen Klotzgeschichte, die eben so der Luft gegriffen wie es jene vom „Quatsch“ war, ein Dahl, dessen rüder Ton noch auf jeder Generalversammlung gerügt wurde, spielt den fittichl Entschuldigten über meinen Ton, weil sich seine ägende Schärfe in ungekehrter Richtung ergiebt. Beim Hobeln fallen eben Späne! — Wie berechtigt diese heuchlerische Entschuldigung ist, zeigen die „Typ.“-Artikel zur Genüge, aus denen ich als Stichprobe neben dem „Judas“ und „Berräter“ nur den schönen geistvollen Gipfel eines auf mich angewandten Wüchserigen Zitats hervorheben will: „Hundssoß bleibt Hundsoß!“ Ich gehe wohl nicht irre, wenn ich den Verfasser dieses Artikels, der zwar Redaktionsarbeit zu sein scheint, dem ganzen „Geiste“ nach zu schließen in der Nähe des „Mannes mit der eisernen Stirne“ suche. Trotz aller meiner „Anpassungsfähigkeit“ kann ich diesen „Ton“ eines Schmierfinks nicht akzeptieren, sondern stimme dem Ausspruch Birnes zu: „Es gibt Menschen, die wohnen auf dem Chimborasso der Gemeinheit. Es ist unmöglich ihnen beizukommen — sie behalten immer recht.“ — Als würdiger Penant bündlerischen „guten Tons“ stände Dahl ja noch der „Kollege“ Häckl gegenüber, der mich vor den Rabi geschleppt und neuerdings seine ohnmächtige Wut und den Tiefstand seiner Bildung durch fleißige Anpöbelung auf der Straße dokumentierte durch ostentatives Auspucken unter einem kräftigen „Pflur Teufel!“ Welche Lausbubokratie mich allerdings mangels der nötigen Voraussetzungen nicht zu beleidigen vermag.

Wie dritte Personen einen Dahl und seine Schreibweise beurteilen, hiervon ein Beispiel. Einer der angefahrenen Wüchser schrie mir seinerzeit: „Ganz Dahl — dumm, frech und gefällig.“ Dies ein kleiner Beitrag, da Dahl behauptet, alles was ich schreibe, spreche für ihn — und ich sehe hinzu: im schlechten Sinne.

So hat denn das Mißgeschick bei Thranert, Dahl und Stommel, diesen sonst so verschiedenartigen Naturen, die gleichen Empfindungen ausgelöst und sie wieder zusammengeführt, so daß man mit Fug und Recht das Wort Schillers variieren kann: „Und in den Armen liegen sich die drei — Und meinen Kränen des Jorns und der Neu.“

Ueber das Münchener Wüchsermühen ist nichts Neues weiter zu berichten. Ich habe es bereits im „Corr.“ und „Typ.“, sowie in einer dem Sinne und Wortlaute nach damit übereinstimmenden schriftlichen Reklifizierung an Genuau selbst richtig gestellt, daß es sich bezüglich der Unterschrift des Kollegen Dallmaier, wo ich gegen Genuau den Vorwurf der Fälschung erhob, nicht um eine solche, sondern „Bloß“ um einen groben Mißbrauch des Vertrauens handelte, da die Einwilligung zur Unterschrift wohl für ein Zirkular agitatorischen aber nicht politischen Inhalts gegeben wurde, wie denn der betreffende Kollege, der den Inhalt vorher nicht zu lesen bekommen, beim Anblicke des Pamphlets ganz verblüfft erklärte, daß er hiervon kein Wort wisse, wodurch die Angelegenheit die gegebene Schilderung erlitten. Wie mir aber in letzter Stunde von glaubwürdiger Seite erklärt wird, soll Genuau in hiesigen Gewerkschaftskreisen die Mär koltportieren, ich hätte ihm in seiner Wohnung wegen meines Artikels Abbitte geleistet. Ich glaube wohl nicht erst versichern zu müssen, daß ich hierzu keine Veranlassung bestimme, mit obiger Einschränkung alles aufrecht erhalte, und daß es sich um eine freie Erfindung handelt. Genuau würde schon gar nicht so verführlich sein, da „man“ bereits früher die Frage gerichtlich Klagestellung ventilierte!

Im übrigen über die fallierten Herren Genuau & Co. in einer der besten Charaktereigenschaften Wolke und — schweigen, schweigen! — obwohl sie im „Typ.“ eine große Erklärung vom Stapel gelassen, die Affäre objektiv (?) richtig zu stellen. — Na, da wird's

wieder schwere Kämpfe hinter den Kulissen abgekehrt haben, um den „Totentanz“ hintanzuführen (früher wollten die Genuaus selbst den Preßparagraphen dem „Typ.“ gegenüber für sich in Anspruch nehmen!), aber der Redakteur hat recht, wenn er es bei der bisherigen Mamage bewahren läßt, und in seiner Meinung über einen Genuau sich konsequent bleibt, daß dieser „ein richtiger Rabulist ist, der sich in letzter Zeit ebenfalls als solcher bewährt hat“. Dieser kleine Biographische Beitrag einzelner, besonders „herorragender“ Personen, Stimmen aus dem eignen Publikum, wird gewiß den Wert der Artikel im „Typ.“ wesentlich erhöhen. Nach schlägt sich, nach vertritt sich!

Betrachtet man am Schlusse die ganzen Entgegnungen im „Typ.“, so bleibt nichts übrig als eine auf Vermutungen und Unterstellungen aufgebaute, künstlich herausgeputzte und erzwungene, geschredliche Konstruktion der Argumentierung, die in der Sache selbst nichts wesentliches zu widerlegen vermag, durch ihr stillschweigendes Zugeständnis sogar noch bestätigt, und vor der Wucht der Tatsachen wie ein Kartenhaus in sich selbst zusammenbricht. Wer Tendenz und Galtung meiner sämtlichen, auch der früheren Artikel, die ja die Grundgrube der Angriffs- und Verteidigungsbasis bilden müssen, von Anfang bis zu Ende als Ganzes verfolgt, wird nur wenig oder gar nichts von dem finden, was Thranert und Konjorten mir unterstehen dadurch, daß von der Gesamtsumme meiner Arbeiten einzelne kleine Teile aus dem Zusammenhange gerissen und dadurch ihr Sinn entstellt wurde.

Für die Intellektuellen im Gutenbergsunde möge aber das Ganze ein flammendes Menetekel sein und dazu beitragen, daß wir uns, je eher je besser, auf einer gemeinsamen Linie im Verbands zusammenfinden.

Korrespondenzen.

Bezirk Beuthen (D.-Schl.). Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 5. März in Königs-Hütte statt und war sehr zahlreich besucht. Bezirksvorsitzer G. Adrian erstattete zunächst den Bezirksbericht, aus dem zu entnehmen wäre, daß Vorkommnisse von weittragender Bedeutung seit der letzten Versammlung nicht zu registrieren sind. Die Mitgliederzahl stieg von 132 auf 185. Sodann erfolgten die Berichte aus den Bezirken: In Beuthen (D.-Schl.) ist die Mitgliederzahl von 39 auf 56 gestiegen; der Zuwachs ist zu erklären durch die Gründung des neuen Zentrumsorgans. In Kleinwitz fand bei Naumann noch eine Geheimniskammer-Ausscheidung; bei Feldhüh zogen auch zwei „Eigener“ ein, an denen zwei N.-B. angeleitet werden. In Kattowitz wurde eine Agitation gegen die Gutenbergsbinder unternommen, die auch Erfolg hatte; die Mitgliederzahl stieg von 41 auf 57. In Königs-Hütte verloren wir vier Mitglieder, es verließen mithin noch zehn, da die Druckerei Sellito einging. In Ratibor ist alles beim alten geblieben. Zu den dortigen traurigen Verhältnissen sei noch zu erwähnen, daß der Maschinenleger von Schymittel einen wöchentlichen Lohn von 15 Mk. hat. Gewiß etwas kaum glaubliches. Auch in Rybnik sieht es nicht viel besser aus. Aus Zabrze jedoch, wo wir gewohnt waren, einen Bericht über unerhörte Zustände zu vernehmen, wurde diesmal erfreuliches berichtet. Die „schlechteste Druckerei Deutschlands“, wie wir sie seinerzeit nannten, hat den Tarif schriftlich anerkannt und in der Druckerei berichden jetzt auch bezüglich der Bezahlung und Arbeitszeit tarifliche Zustände. Laucha-Hütte mit vier Verbandsmitgliedern berichtete nicht so erfreulich. Die Druckerei Wischa (vier Gehilfen, drei Lehrlinge) mußte aus dem Tarifverzeichnis gestrichen werden; bei Müller stehen fünf Gehilfen und vier Lehrlinge. Das bei Wischa stehende Verbandsmitglied Malorny slog auf's Pfaster, weil er eine Besserung der traurigen Zustände herbeizuführen suchte. Auch in Tarnowitz sieht es traurig aus. Bei Sauer wird monatlich entlohnt, bei Reimann stehen neben vier Gehilfen drei Lehrlinge, Knopka hat vier Lehrlinge. Aus der Debatte ist hervorgehoben, daß Erfolge im obergeschlossenen Industriebezirke zu verzeichnen sind. Allgemein wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, daß in Obereschlesien eine noch energiereichere Agitation zu entfalten ist, denn den im Bezirke Beuthen stehenden 185 Verbandsmitgliedern steht beinahe eine gleiche Zahl Nichtverbandsmitglieder und Gutenbergsbinder gegenüber. Nachdem der Bezirkskassierer den Bericht erstattet hatte, erfolgte die Wahl der Diktionskommission, die die volle Fahrt und 25 Pf. Speise bewilligte. Beim weiteren Punkte „Anträge zur Gauversammlung“ wurde folgender Antrag: Der Gau Schlesien wolle Mittel und Wege suchen, um die Gegenfeitigkeit auf weitere Gauen auszubehnen“, einstimmig angenommen. Sodann wurden elf Kollegen als Kandidaten zur Gauversammlung aufgestellt. Beim nächsten Punkte „Anträge zur Generalversammlung“, wurden folgende zwei Anträge einstimmig angenommen: 1. „Das Sterberegul ist stoffweise zu erhöhen.“ 2. „Den unverheirateten Mitgliedern ist konform der Umzugskostenentschädigung der Beherateten eine Unterstützung zu gewähren.“ Als Kandidat für die Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Pannier-Kattowitz aufgestellt, der aber dankend ablehnte; es wurde sodann Kollege Wasanot als Kandidat bestimmt. Der Antrag Beuthen in Beuthen ein Bezirksjohannisfest, verbunden mit der 25-jährigen Jubelfeier des Ortsvereins, abzuhalten, wurde angenommen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Beuthen statt. Auch sollen Agitationsversammlungen in

verschiedenen Orten des Bezirks veranstaltet werden. Betreffs der Petitionen, die an die Gemeindebehörden und Interessenten verhandelt worden sind, haben einzelne geantwortet, dem Wunsche der Petition, Druckerarbeiten nur an tariffreie Druckereien zu überweisen, nachzukommen. Originell ist die Antwort des Magistrats von Myslowitz, der mitteilte, daß er dagegen nichts tun könne, da eine dem Verbands angehörende Druckerei am Orte nicht besteht. Der Herr Gemeindevorsteher von Schwientochlowitz sandte folgende Antwort ein: „Erwidern auf die Petition vom 19. Februar 1905. Zum Erlasse einer Verfügung, wonach die Vergütung von amtlichen Drucksachen nur an tariffreie Buchdruckereien erfolgen darf, liegt hier keine Notwendigkeit vor. Thannheiser.“ Uebrigens ist die Petition an die dortige Gemeindevertretung gesandt worden. Ist dies die Meinung des Herrn Gemeindevorsetzers oder der ganzen Gemeindevertretung? Vor der Bezirksversammlung fand eine Besichtigung der Elektrizitätswerke in Chorzow statt, an der gegen 80 Kollegen teilnahmen, und die sehr belehrend war. Der Direktion hiedurch nochmals für ihre Bemühungen den besten Dank.

Kromberg. Zu einer schönen Feier gestaltete sich das am 4. März in „Wicherts Festhale“ abgehaltene sieben- unddreißigste Stützungsfest des hiesigen Ortsvereins. Zu demselben hatten sich die Mitglieder und Freunde des Vereins mit ihren Angehörigen sehr zahlreich eingefunden, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Eingeleitet wurde das Fest durch einige Musikstücke und einen schwingvollen Prolog des Kollegen Bogtmann. Nun wechselten Musik und Gesangsvorträge in kurzer Reihenfolge ab. Der Gesangsverein „Gutenberg“ brachte unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Lehrer Neumann, einige Lieder recht wirkungsvoll zu Gehör, so daß es an stürmischen Applaus nicht fehlte. Großes Amüsement bereitete der recht flott gespielte Schwan „In Hemdsärmeln“, der den Darstellern wohlverdientes Lob einbrachte. Hierauf trat der Tanz in seine Rechte, welchem flott gefolgt wurde, so daß die wenigen gemüthlichen Stunden nur zu schnell verfloßen. Im Laufe des Abends waren von den Ortsvereinen Rosen und Thorn Glückwünschtelegramme eingelaufen, welche vom Vorsitzenden Ziele versehen wurden. Derselbe dankte gleichzeitig für den zahlreichen Besuch. Zum Schluß wollten wir nicht unterlassen, dem Festkomitee für seine rege Tätigkeit, sowie der Firma H. Wittmann, welche in liebenswürdiger Weise die Einladungen kostenlos geliefert hat, auch an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank auszusprechen.

Dresden. Der Besuch der Versammlungen des Maschinenmeistervereins in den Monaten Februar und März war erfreulicherweise ein sehr guter, das Interesse der Mitglieder am Vereinsleben ein reges. Nach verschiedenen internen Angelegenheiten wurde das Rundschreiben Nr. 13 der Zentralkommission beraten und als wirtsch. tüchtige Arbeit anerkannt. In der anschließenden Debatte wurde trefflich befürwortet: „Rege Agitation für Anschluß an den Verein, strikte Befolgung der bundesrätlichen Vorschriften, der Lehrlingskassa, der Arbeitszeit, überhaupt des gesamten Tarifes.“ Ein Antrag zur Generalversammlung: „Die Kosten zum Maschinenmeisterkongresse sind aus der Verbandskasse zu bestreiten“, wurde unterstützt und von der später abgehaltenen Gauversammlung angenommen.

B.-g. Hagen. (Maschinenmeister-Vereinigung.) Aus dem in der Hauptversammlung gegebenen Berichte des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das erste Vereinsjahr ein ziemlich befriedigendes zu nennen ist. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt zwölf, die Kasserverhältnisse sind als gute zu bezeichnen. Leider haben wir sehr unter dem Wechsel der Kollegen zu leiden; reifen doch im Vereinsjahre elf Mitglieder der Vereinigung wieder ab. Hoffen wir, daß in dieser Beziehung stabilere Verhältnisse Platz greifen. In den Monatsversammlungen beschäftigten sich die Kollegen speziell mit technischen Fragen. Mit dem von den hiesigen Kollegen angeregten Maschinenmeistertage für Rheinland-Westfalen wie mit dem von der Zentralkommission empfohlenen „Allgemeinen Maschinenmeisterkongresse“, stattfindend 1906, erklärten sich die Mitglieder einverstanden. In den Vorstand wurden neu resp. wiedergewählt: Otto Boesenberg, Vorsitzender und Kassierer, Paul Wende, Schriftführer, Hermann Berger, Beisitzer. In die im Bezirke in Kondition stehenden Kollegen sei hiermit nochmals der Wunsch gerichtet, sich der Vereinigung anzuschließen, denn nur durch vereinte Kraft läßt sich etwas erreichen.

Hannau a. M. Unsrer am 6. März abgehaltene Ortsvereinsversammlung hatte sich eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen. Die diesmalige Versammlung hatte sich mit einer Angelegenheit zu befassen, die schon seit Jahren mancher Versammlung beschäftigte, jedoch immer abschlägig beschieden wurde. Es betraf dies den Anschluß an das Gewerkschaftskartell. Nach längeren Debatten für und wider den Anschluß wurde durch namentliche Abstimmung beschlossen, sich dem Kartelle anzuschließen. Sodann wurde zu den bevorstehenden Lehrlingsprüfungen Stellung genommen und beschlossen, in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ein Schreiben an sämtliche Oeffizinen zu richten, mit der Aufforderung, die neu Auslernenden anzuweisen, sich der Prüfung zu unterziehen. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, sobald sich das Material des Gattages in seinen Händen befindet, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die hierzu Stellung nehmen soll. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit Worten des

Dankes für das zahlreiche Erscheinen, zugleich den Wunsch ausprechend, daß auch die nächsten Versammlungen die sich mit noch viel wichtigeren Angelegenheiten zu befassen hätten als die heutige, einen ebenso zahlreichen Besuch aufzuweisen vermögen.

d. Köln. In einer außerordentlichen und in einer Monatsversammlung beschäftigte sich die hiesige Mitgliedschaft in der Hauptsache mit der Stellungnahme zum Gattage sowie zur Generalversammlung. Zum Gattage gelangte zunächst ein Antrag zur Annahme, der den beiden Gaubeamten eine bessere Besoldung verschafft, und zwar soll das Anfangsgehalt 2000 Mk. betragen, steigend um jährlich 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2500 Mk. Betreffs der Gaunterstützungen soll folgende Aenderung getroffen werden: Absatz 1 der Unterstützungsbestimmungen erhält folgende Fassung: „Jedes Verbandsmitglied, das im Gau Rheinland-Westfalen 26 Wochenbeiträge geleistet hat, erhält bei eintretender Konditionslosigkeit eine Unterstützung von 50 Pf. pro Tag auf die Dauer von 70 Tagen; zur Verbandsunterstützung berechnete Mitglieder auf dieselbe Dauer, wie sie in den Beschlüssen des Verbandsvorstandes festgelegt sind.“ Ein Antrag, den Gauvorstand mit der Herausgabe eines „Matgebers“ zu beauftragen, fand ebenfalls Annahme. Bei den Anträgen zur Generalversammlung wünschte Kollege Ranzenberg, letztere möge sich strikte auf den Standpunkt stellen, daß zukünftige Tarifvereinbarungen nur von Organisation zu Organisation getroffen werden dürfen. Betreffs der Erhöhung des Sterbegebeldes stimmte die Versammlung den Vorschlägen des Bezirks Essen zu, wie solche bereits im Essener Berichte in Nr. 30 des „Corr.“ abgedruckt sind. Unter Unterstützungen (Verbandsstatut) soll nach § 8 folgender Passus eingeschaltet werden: „Mitgliedern, welche mit Genehmigung des Gauressp. Zentralvorstandes gezwungen sind, infolge Eintretens für Verbesserung unsrer Lage in eine Bewegung einzutreten, werden die Wochen während der Dauer des Ausstandes als geleistete Beiträge in Anrechnung gebracht.“ Kollege Linden begründete einen Antrag, den „Corr.“ obligatorisch einzuführen, welcher angenommen wurde. Desgleichen ein Antrag: die Generalversammlung wolle beschließen, ihre nächste Tagung in Köln abzuhalten. Als Delegierte zum Gattage wurden vierzehn Kollegen vorgeschlagen. Als Kandidaten zur Generalversammlung präsentierte der Bezirk Köln den Gaumitgliedern seinen langjährigen Kassierer Fritz Möller, dessen Auffstellung einstimmig erfolgte.

Magdeburg. Die Prinzipale unsers Bezirks legen gegenwärtig eine Regsamkeit an den Tag, die fast ungeheuerlich erscheinen möchte. So erhielt der Deutsche Buchdruckerverein endlich auch in Magdeburg die von diesem lange erstrebte städtische Korporation. In der Ullmark trat nunmehr auch ein Erwachen der Prinzipale, bisher meistens Tarifignoranten, ein, indem diese sich in Stendal zu einer Versammlung zusammenfanden, in welcher eine „Ullmark-Vereinigung“, gleichfalls unter der Flagge des Deutschen Buchdruckervereins gesehnd, das in diesem Winkel für unsern Tarif und Verband noch sehr düster schimmernde Licht der Welt erblickte. Neun Prinzipale traten derselben sofort bei und gaben sich das Verprechen, den Tarif in drei bis vier Jahren zur vollen Einführung zu bringen. Dieser von uns wohl zu begrüßenden, aber nicht zu überhörenden Organisationsstättigkeit versucht der „Verein der Buchdruckerbesitzer des Regierungsbezirks Magdeburg“ den Rang abzulassen, indem er versucht, eine Zwangsunion für das Buchdruckergewerbe im Regierungsbezirk Magdeburg mit Ausschluß der Stadt Magdeburg ins Leben zu rufen. Vorausssichtlich fallen die guten Herren, die sich seither bemühten, eine Lehrlingskassa aufzustellen und deren Anerkennung vergeblich bei der vorgelegten Behörde zu sanktionieren versuchten, damit kräftig herein. Da wir von letzteren Herren nichts zu erwarten haben, indem diese befreit sind, in der von ihnen zumest gepflegten Lehrlingsmishandlung weiter zu wursteln, so können wir die oben angedeutete Organisation für den deutschen Buchdruckerverein nur begrüßen und müssen immer wieder in eine energische Agitation für den Verband und den Tarif eintreten. — In Halberstadt gründeten die zusammengekommenen Buchdruckerbesitzer einen „Bezirksverein“ Satz des Deutschen Buchdruckervereins.“ Dieser Zweigverein erstreckt sich auf einen Teil des Regierungsbezirks Magdeburg und des Herzogtums Anhalt.

Kr. Mühlhagen. (Verein Mühlhagener Korrektoren.) In der am 26. Februar abgehaltenen Versammlung wurden vier Kollegen aus Würzburg aufgenommen, so daß wir jetzt fünf Mitglieder in Würzburg haben. Hoffentlich folgen die anderen bayerischen Städte diesem guten Beispiele baldigst nach. Hierauf folgte ein Referat des Vorsitzenden über den in Aussicht genommenen Korrektorentag in Berlin. Der Referent sprach sich für den Tag und auch für die Besichtigung seitens Mühlhagens resp. Bayerns aus, wenn der Verband oder der Gau uns materiell beistehen würden. In der sich anschließenden recht lebhaften Diskussion wurde auf die Hilfe des Gaus oder des Ortsvereins geredet. Auch wurde die Ansicht ausgesprochen, daß der Korrektorentag für diese Pfingsten noch nicht genug vorbereitet sei und die Tarifberatungen erst im nächsten Jahre stattfinden. Doch wurde dann einstimmig der Beschluß gefaßt, die Notwendigkeit der Einberufung des Korrektorentages anzuerkennen, denselben zu bescheiden und den Ortsverein um Unterstützung für genannten Zweck zu eruchen. Die Beratung von Anträgen zum Korrektorentage wurde bis zur nächsten Versammlung ver-

schoben. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine nodmalige intensive Agitation durch Zusendung eines Rundschreibens an sämtliche bayerische Kollegen angeregt. Auf Bekanntgabe des Vorsitzenden, daß die Zentralkommission einen Aufruf an alle Korrektoren Deutschlands vorbereitet, wurde beschlossen, diesen Aufruf zur Agitation zu benutzen und die Versendung desselben für den Gau Bayern auf den Verein zu übernehmen. (Eingegangen am 13. März.) Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf eine — ausnahmsweise — unsre Zustimmung findende Redaktionsnotiz der „Leipziger Volkszeitung“ verweisen, welche vor kurzem schrieb: „Ein gewissenhafter Schriftführer wird mit Anfertigung des Berichtes nicht warten, bis die nächste Versammlung des Vereins bald herangerückt ist, und dann, um sich vor Vorwürfen zu schützen, die Redaktion drängeln, daß der veraltete Bericht „unbedingt heute noch aufgenommen werden muß.“ Die Redaktion nimmt Berichte, die nicht sofort, sondern später als am fünfsten Tage nach Stattfinden der Versammlung einlaufen, nicht auf.“ Red. des „Corr.“)

W. Straßburg. (Bezirksversammlung.) Die diesjährige Bezirksversammlung fand am 5. März in Straßburg im „Schloßbräuhaus“ statt. Erschienen waren von den Orten Straßburg 23, Greifswald 27, Anklam 12, Demmin 5, Swinemünde 9, Ahlbeck 2, Barth 1, Wolgast 1 und Putbus 6 Mitglieder. Gauvorsteher Kirchner-Stettin war ebenfalls anwesend. Die Straßburger Gutenbergsbündler, welche sämtlich eingeladen waren, glänzten durch Abwesenheit. Die Versammlung wurde durch den Bezirksvorsitzenden Metzger-Straßburg mit herzlichsten Begrüßungsworten an die Erschienenen eröffnet. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Vollmann-Straßburg wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Aus den Berichten der einzelnen Druckorte ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse im Bezirke im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden können, wenn es auch immer noch verschleierte Kunststempel gibt, welche von einer Einführung tariflicher Verhältnisse nichts wissen wollen. Gauvorsteher Kirchner erklärte sich mit den Verhältnissen im Bezirke Straßburg sehr zufrieden und hat in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten. Sodann referierte der Gauvorsteher über den vielbesprochenen Antrag zur Generalversammlung betreffend Gründung einer Witwen- und Waisenkasse im Verbandsverband und kam zu dem Schlusse, daß eine derartige Kasse im Rahmen des Verbandes diesem nicht zum Vorteile gereiche. Der Verband würde zu einer reinen Versicherungsanstalt herabsinken und die Kraft zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den Mitgliedern erlahmen. Eine Erhöhung des Sterbegebeldes wäre das einzig Richtige, da dadurch der hinterbliebenen Witwe die Mittel zur Gründung einer Erziehungs- und Hand gegeben würden. Der Ortsverein Stettin habe bereits einen beachtlichen Unterstützungsfonds für Witwen gegründet und damit gute Erfahrungen gemacht; einigen Witwen sei dadurch schon zu einer Existenz verholfen worden. Der Bezirksvorsitzende sprach dem Redner den Dank der Versammlung für seine interessanten Ausführungen aus. Drei vom Ortsvereine Greifswald gestellte Anträge zur Generalversammlung wurden zu Bezirksanträgen erhoben. Ueber die Anstellung eines besoldeten Gauvorsetzers wurde lebhaft debattiert und dieselbe für sehr wünschenswert gehalten. Zum nächsten Versammlungsorte wurde Demmin bestimmt. Nach einer kurzen fernigen Schlussrede des Kollegen Kirchner wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband geschlossen.

D. Stuttgart. (Mitgliedschaftsversammlung vom 11. März.) Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß es einer hiesigen Firma gelungen sei, von der königlichen Kreisregierung Ludwigsburg die Genehmigung zu erhalten, ihren im 14. bis 16. Lebensjahre stehenden Lehrlingen eine Viertelstunde an der Besperpause wegzukaufen (eine andre Firma wurde, weil sie ohne eine solche Genehmigung ebenfalls handelte, diesverbal bestraft); jedenfalls glaube er, daß die Fachschule nicht deshalb vom Gemeinderate unterstützt werde, um den Lehrlingen eine Viertelstunde an der für sie so nötigen Erholungszeit zu kürzen, deshalb soll gegen solche Manipulationen vorgegangen werden. Durch die im vorletzten Berichte vermerkte „Tariftreue“ der Gutenbergsbündler in Urad sind die hiesigen Oberbündler sehr in Harnisch geraten und haben dadurch ihr Gedächtnis verloren, denn als Herr Zängerle vorigen Sommer die Tarifbeiträge bezahlte, wurde vom Gehilfenvertreter angebeutet, daß die Firma nicht zahltreu sei; es wäre also somit des Bündleroberbündlers Pflicht gewesen, seine Mitglieder aufzufordern, den Tarif zu verlangen, und nicht zugewartet, bis der Gehilfenvertreter sich im Dezember nochmals an den Vorsitzenden wandte, dafür Sorge tragen zu wollen, daß seine Mitglieder auch die tariflichen Bedingungen verlangen sollten. Das Recht, welches wir uns anmaßen, über diese „Herren“ zu Gericht zu sitzen, besteht schon seit November 1891, und wird das in Zukunft auch so bleiben. Weiter kann diesen Herren noch versichert werden, daß bis heute noch kein Verbandsbuch aus Urad eingegangen ist, so daß wir es auch in diesem Falle wieder mit einer der bekannten hündlerischen Verdächtigungen zu tun haben. In der sich anschließenden kurzen Diskussion wurde ausgeführt, daß bei der Revision der Gattage alles in gewohnter Ordnung besunden worden sei. Hierauf wurde in der Weiterberatung der gestellten Anträge zur Generalversammlung fortgesetzt, und zwar zu Reglement B, § 2: „Wenn die Arbeitslosigkeit infolge Einführung oder Aufrechterhaltung der vom Vorstande

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

des Verbandes als maßgebend anerkannten Bestimmungen in bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit oder infolge unanständiger Behandlung eingetretet und hierzu die vorherige Genehmigung des Gauvorstandes (der dem Verbandsvorstand Bericht zu erstatten hat) eingeholt worden ist, so beträgt die Unterstützung usw. (wie bisher).“ Der Antrag wurde durch verschiedene aus dem „Corr.“ entnommene Zitate begründet; in der Diskussion wurde jedoch ausgeführt, daß unanständige Behandlung ein beherrschender Begriff sei und deshalb der Antrag abgelehnt. Den zu Reglement D, § 11, gestellten vier Anträgen wurde nach langer Debatte, wobei zum Ausdruck kam, daß keine Beitragserhöhung gewünscht werde, folgender Antrag hinzugefügt: „Die Mitgliedschaft beauftragt ihre zu wählenden Vertreter zur Generalversammlung, für eine Erhöhung des Sterbegebühres nur in dem Falle zu stimmen, sofern dies ohne Beitragserhöhung möglich ist. Eine Steigerung des Beitrages ist strikte abzulehnen, schon im Interesse der gewerkschaftlichen Bestrebungen.“ Der weitere Antrag: „Die Generalversammlung des Verbandes möge beschließen, für den im Jahre 1906 stattfindenden deutschen Maschinenmeisterkongreß eine Beihilfe zu den Kosten zu gewähren, wurde nach sehr erregter Debatte angenommen.

d. Zwickau. Die Mitgliedschaftsversammlung am 4. März ehrte, bevor sie in die Tagesordnung eintrat, das Andenken des verstorbenen Kollegen Weber-Hannover in üblicher Weise. Diese Versammlung beschäftigte sich mit der Durchberatung der Tagesordnung zum Gauwege in Chemnitz am 2. April sowie auch mit der Stellung von Anträgen zur Generalversammlung. Als Kandidat zu derselben wurde einstimmig Kollege Krasser als Vertreter der Provinz des Gaues Erzgebirge-Vogtland nominiert. Von den gestellten Anträgen sollen folgende der Tagesordnung der Verbandsgeneralversammlung einverleibt werden: 1. Zu c. Umzugskosten soll Abs. 1 folgende Fassung erhalten: „Mitglieder, welche eigenen Haushalt und mindestens 13 Wochenbeiträge geleistet haben, kann bei Veränderung des Wohnortes infolge Konditionswechsels eine Beihilfe zu den Umzugskosten gewährt werden. In den Fällen jedoch usw.“ Bei Abs. 5 sind die Worte „Freiwillig Umziehende und“ zu streichen. 2. Wolle die Generalversammlung beschließen, bei e. Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige § 1, Ziffer 3, gänzlich zu streichen. 3. Zu b. Ortsunterstützung ist in § 1, Absatz 2 Zeile 6, hinter 140 Tage noch eine Stufe folgendermaßen einzuschalten: „bei 200 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tage)“. Zu demselben Paragraphen soll als dritter Absatz folgender Passus eingefügt werden: Denjenigen Mitgliedern, welche zum Bezüge der Ortsunterstützung berechtigt sind, wird selbige auch im Falle einer militärischen Übung gewährt, jedoch nur bis zur Höchstgrenze von 40 Tagen. Freiwillig Lebende sind von dem Bezüge der Ortsunterstützung ausgeschlossen.“ Antrag 4: „Die durch Delegation zu den Kreisamtsitzungen entfallenden Kosten trägt die Verbandskasse. Zu gewähren sind 8 M. Tagegelber nebst Arbeitslohnentschädigung und Fahrgeld dritter Klasse.“ Antrag 5: „Die Generalversammlung wolle die Beihilfenbetreuer mit der Weisung versehen, daß der nächsten Tarifberatung darauf hinzuwirken, daß unser Tarif zwischen Verband und Prinzipalverein vereinbart werde.“ Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde die Aufhebung der Extratrage beschloffen und zum Schlusse vom Vorsitzenden die Mitglieder mit ihren wertvollen Damen zu dem am 26. März in unserm Vereinslokale „Verebeere“ stattfindenden Gesangskonzerte, bei welchem 120 Sänger des Arbeiterfortbildungvereins Leipzig-West auftreten, zu zahlreichem Besuche eingeladen.

S. Roffen. Die am 8. März im Vereinslokale abgehaltene Versammlung des Ortsvereins beschloß, der Generalversammlung folgende Anträge zu unterbreiten: § 1 der Vorstandsbeschlüsse in b) Ortsunterstützung im Absatz 2, Z. 6, hinter 140 Tage noch eine Stufe folgenden Wortlautes einzuschalten: bei 500 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tage). Bei § 2 der Vorstandsbeschlüsse, Z. 4, müssen noch hinter dem Worte Arbeitszeit die Worte „und anständige Behandlung“ eingeschaltet werden, und in B ist das Wort „Verbandes“ zu streichen. Demnach erhält § 2 dann folgende Fassung: „Wenn die Arbeitslosigkeit infolge Einführung oder Aufrechterhaltung der vom Vorstande des Verbandes als maßgebend anerkannten Bestimmungen in bezug auf Arbeitspreise, Arbeitszeit, und anständige Behandlung“ eingetreten und hierzu die vorherige Genehmigung des Gauvorstandes eingeholt worden ist usw.“ Bei c) der Vorstandsbeschlüsse, Abs. 5, sind die Worte: „Freiwillig Umziehende und“ wegzulassen.

Rundschau.

Eine eigne Druckerei, und zwar eine solche in großem Maßstabe, will der Bund der Landwirte auf seinem Grundstücke in der Dessauerstraße in Berlin er-

richten. In derselben sollen die zahlreichen Druckmaschinen der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie später auch das offizielle Bundesorgan, die „Deutsche Tageszeitung“, hergestellt werden. Mit der Feindschaft der Bündler gegen Großindustrie und Genossenschaften sowie der bei jeder Gelegenheit betonten Mittelstandsfreundlichkeit harmonisiert das zwar recht schlecht zusammen, uns soll es aber egal sein, wenn das neue bündlerische Unternehmen sich unster gewerkschaftlicher Ordnung anpaßt.

Eine Golddruck- und Prägepresse mit schaufelndem Ziegel wurde nach Mitteilung des Internationalen Patentbureaus von Heimann & Co. in Oppeln einem Herrn Eduard Groffe in Heidenau bei Pirna patentiert. Diese Golddruck- und Prägepresse mit schrägem oder wagerechtem Preßkopfe ist gekennzeichnet durch die Vereinigung eines Kniehebelantriebes mit einem schaufelnden Ziegel derart, daß der Ziegel vom Kniehebel gehoben und angepreßt und von Lenkerstangen, Gleitbahnen und Kurven, die je nach Größe des Ziegels und Hubes in entsprechender Wahl und Verbindung angeordnet werden, unter den Preßkopf zurückgeführt wird.

Eine gestohlene Postenpresse ist nach Mitteilung der „Papierzeitung“ der Gegenstand eifriger Suchens in Freiberg i. S. Die Presse ist — kaum glaublich — aus einer dortigen Druckerei entwendet worden.

Die Stadt Wien will ein Denkmal für den Ritter Karl v. Scherzer, einem ehemaligen Kollegen (Seher), errichten. Der „Corr.“ hat über den Lebensgang dieses hervorragenden, aus dem Buchdruckerreich hervorgegangenen Mannes in Nr. 25 des Jahres 1903 einen besonderen Artikel gebracht.

In 100 Sprachen erschienen ist jetzt die Bibel. Die königliche Bibliothek in Stockholm erhielt vor kurzem ein Exemplar der Bibel in der Kongosprache. Diese in Afrika „Kirta“ genannte Sprache ist die 100., in der die gesamte Bibel existiert. Das neue Testament ist in mehrere hundert Sprachen übertragen.

Eingegangen ist das liberale Blatt „Morgenrot“ in Kofhof. Vor etwa einem Jahre gegründet, vermochte es nicht, dem Liberalismus in Westfalen neues Leben zu verleihen.

Vonder Entwicklung des englischen Zeitungswesens entwirft der „Zeitungsverlag“ folgendes Bild: Im Vereinigten Königreiche erscheinen 2461 Zeitungen und Zeitschriften (in Deutschland 10 000 Zeitschriften und Zeitungen, darunter fast 3500 Zeitungen). England hat 1881 Zeitungen, 436 in London und 1445 in den Provinzen; Wales hat 111 Zeitungen, Schottland 261, Irland 191 und die Inseln 17. Von diesen sind 184 Tageszeitungen in England, 7 in Wales, 18 in Schottland, 18 in Irland und 4 Tageszeitungen auf den Inseln. Im Jahre 1846 gab es im Vereinigten Königreiche nur 551 Zeitungen und Zeitschriften, von denen 14 täglich erschienen.

Wegen Beleidigung der Direktion der Lurastraße wurde Redakteur Leimpeck von der „Vergarbeitszeitung“ zur 500 M. Geldstrafe verurteilt. In diesem Gewerkschaftsblatte war die Behauptung aufgestellt, ein entlassener Bergmann solle durch schwarze Listen bauern brotlos gemacht werden.

Wegen Beleidigung der Redakteure der Pforzheimer Zeitungen wurde Redakteur Gek vom Karlsrüber „Volkstrend“ mit noch einem Genossen zu 100 bzw. 25 M. verurteilt. Sie hatten Kassales Rede über die Presse in Form eines Flugblattes, ergänzt durch einige auf die Pforzheimer Lokalpresse sich beziehende Schlußfolgerungen, verbreitet. Das Gericht billigte zwar den Angeklagten den Schutz des § 193 zu, weil sie die Absicht gehabt haben, das Ansehen der Presse zu heben, erkannte aber der beleidigenden Form wegen auf die angegebene Strafe.

Manuel Garcia, der Erfinder des Kestkopfspiegels, beging in London seinen 100. Geburtstag, gefeiert von der gesamten gelehrten und der offiziellen Welt.

Die gänzliche Abschaffung der Nachtarbeit wollen die außerhalb der Zünfte stehenden Berliner Bäckermeister herbeiführen. Zur Begründung wird angegeben, daß die Bäckermeister durch Beseitigung der Nachtarbeit am meisten profitieren würden. Wenn vorherhand auch noch gar keine Aussicht besteht, daß aus diesem Vorhaben etwas werden könnte, so sind diese Stimmen des Fortschrittes in einem betriebstechnisch so zurückgebliebenen Gewerbe doch sehr bemerkenswert.

Ueber die Verpflichtung zur polizeilichen Anmeldung von Versammlungen ist in einer bis vor das preussische Kammergericht gebrachten im ganzen vier Instanzen beschäftigenden Angelegenheit ein wichtiger Entscheid gefällt worden. Im „Vorwärts“ war zu einer Besprechung wegen der Stichwahl in Frankfurt a. D. Lebus nach den „Arminhallen“ in Berlin eingeladen worden, die Wahlarbeit sollte in derselben ihre Regelung finden. Diese Besprechung konnte jedoch nicht stattfinden, weil ein Schutzverbot ihre Abhaltung verhinderte, sintermalen eine Anmeldung nicht erfolgt war. Schöffengericht und Landgericht verurteilten die Veranstalter der Besprechung

und auch den Wirt, weil die Absicht der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten angenommen wurde. Das Kammergericht war anderer Ansicht: nur der Wille des Einberufers, nicht aber der Wortlaut eines Zeitungsinferates sei dafür bestimmend, ob öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Wenn der Veranstalter diesen Willen nicht habe, könne er auch nicht bestraft werden. In der darauf folgenden endgültigen Verhandlung vor dem Landgerichte wurden die Arrangements dieser Besprechung dann freigesprochen, da nicht nachgewiesen sei, daß es zu einer Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gekommen wäre. Die Quintessenz dieses Prozesses wäre, daß eine Versammlung, in der die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nicht beabsichtigt wird, auch nicht polizeilich angemeldet werden braucht. Praktischen Wert hat das Urteil aber nicht, denn der Begriff über das, was öffentliche Angelegenheiten sind, wird von der Polizei und den Gerichten so verschieden gedeutet, vor allem aber so weit gezogen, daß in den meisten Fällen immer eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten als vorliegend bzw. stattgehabt angesehen wird.

Ein Landagitationskomitee ist kein Verein, erklärte das Magdeburger Landgericht dem Vertreter des Polizeipräsidenten, der in der betreffenden Verhandlung noch mit besonderer Wichtigkeit betont hatte, daß die Magdeburger Polizeibehörde alle Ausschüsse und Kommissionen des dortigen sozialdemokratischen Vereins, welche zu bestimmten Zwecken gewählt werden, als besondere, sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigende Vereine betrachte. Die Polizei in der „hoheliebigen Stadt des preussischen Sauerbrautes“, wie kürzlich die „Münchener Post“ so schön schrieb, findet bei den dortigen Gerichten mit ihrer Liebe zu den sozialdemokratischen Organisationen ebensowenig Anerkennung als die Berliner mit ihrer ganz ungenießlichen Zuneigung für die Streikposten.

Wegen Verletzung des Wahlrechtes wurden in Königsberg sechs Personen zu Gefängnisstrafen von einem bis zu zehn Tagen verurteilt. Bei der Hauptwahl hatten dieselben ihre Stimmen im Wahlkreise Königsberg-Land, bei der Stichwahl in Königsberg-Stadt abgegeben.

Ein Prachtstück für alle Schachmacher ist James Farley, der amerikanische Streikpredigerkönig. Der Mann ist von Beruf Straßenbahner, seine schändliche Tätigkeit beschränkt sich nur auf diese Bahnen, die ihm jedoch Beschäftigung zur Genüge bieten. Er hat fünfundsiebzig Vertrauensmänner zur Hand, welche die Lage auf sämtlichen Straßenbahnen observieren und wohl nicht selten auch noch für die nötige Streikstimmung sorgen. Farley ist daher über alle Vorgänge früher und besser unterrichtet als die betreffenden Direktionen. Von etwa fünfzig Gesellschaften besteht der Ehrenmann feste Bezüge, weil dieselben in ihm so eine Art Vorsehung erblickten; denn man glaubt genügt sein bloßes Erscheinen, um einen drohenden Ausstand im Keime zu ersticken. 600 bis 800 Mann sind ständig in Farleys Diensten, welche Zahl beliebig vergrößert werden kann. In den letzten drei Jahren hat Farley zwanzig Streiks gebrochen. Billig ist der Mann nicht. Für sein Eingreifen bei dem Straßenbahnerstreik in San Francisco forderte er 30 000 Dollars für sich und für seine Leute ein volles Monatsgehalt. Bei dem in Newyork verlorenen Streik stellte Farley binnen wenigen Stunden 700 „erprobte“ Leute, die in den folgenden Tagen aus allen Quartieren im Lande zahlreich Verstärkung sanden; damit war natürlich das Schicksal des Streiks besiegelt. In Amerika geht eben alles ins gigantische; wie man an diesem Beispiele sieht, selbst die Gewinnsummenver.

Für paritätische Arbeitskammern und gegen den Anschluß dieser Institution an die Gewerbegerichte sprach sich eine Konferenz der Vorsitzenden und Sekretäre der Gewerbegerichte im niederrheinischen Industriebezirk aus.

Einen Ausfall von zwölf bis dreizehn Millionen Mark hat der Streik im Ruhrreviere den preussischen Eisenbahnen gebracht.

5000 Arbeitslose bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 230 000 sind in Christiana vorhanden. Vor einiger Zeit stellten die Arbeitslosen an das Storting den ungewöhnlichen Antrag, ein Schiff auszurufen, um diejenigen nach Kanada zu schaffen, welche das wünschen. Das Sozialkomitee lehnte diesen Antrag aber ebenso ab, wie den auf Verteilung von 50 000 Kronen unter die Arbeitslosen.

Den Streik beschloffen haben die Schneider in Leipzig. Seit einem halben Jahre sind Unterhandlungen mit den Unternehmern zwecks Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages im Gange, immer zogen die Meister die Sache hinaus. Da jetzt bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamte wieder nur leere Redensarten erreicht wurden, wollen die Schneider den offenen Kampf entfesseln lassen, der beim Erscheinen dieser Nummer zur Tatsache geworden sein wird. Weiter haben auch die Tapezierer den Ausstand beschloffen, da ihre schon einmal reduzierten Forderungen von der Zimung überhaupt abgelehnt wurden. — Um Erhöhung des Lohnes

freien die Zimmerer in Hude (Oldenburg). — Auch in Halle a. S. streifen die Tapezierer, ein kleiner Teil der Unternehmer hat die Forderungen bewilligt. — Wie die Tageszeitungen melden, sind die Bergarbeiter in Neurode, welche sich seit dem 15. Dezember auf den gräflich Magnüschen Gruben im Auslande befinden, nun wieder zur Arbeit zurückgeführt, und zwar bedingungslos. — Der Streik der Bergarbeiter in Breslau verlief erfolgreich.

Briefkasten.

B. G. in Leipzig: Aus Ihrem Artikel genügt festzustellen, daß Sie im Falle der Gewährung einer Unterstützung an zu militärischen Übungen einberufene Kollegen keinen Unterschied zwischen verheirateten und unverheirateten Kollegen gemacht wissen wollen, „denn“, schreiben Sie, „erstens stehen sich doch wohl viele verheiratete Kollegen besser als ledige, da erstere infolge ihrer längeren (2. Med.) Praxis meist höhere Löhne beziehen, was auch daraus zu ersehen ist, daß sie sich den unter den jetzigen Lebensbedingungen fast Luxus zu nennenden Ehestand leisten können.“ — F. G. in Neubabelsberg: Siehe betreffende Briefkastennotiz in letzter Nummer. — Dshager Tageblatt: Sie wollen die betreffenden Nummern uns erst einmal genau bezeichnen; in den vier Monaten März bis Juni haben wir nichts gefunden. — Sch. in Waune: 1. Wegen die betreffende Notiz kann doch mit Aussicht auf Erfolg Klage erhoben werden — wenn der „Generalanzeiger“ nicht Recht hat. Hier Rhodus, die salta! Alles andre wären sonst nur Nebenarten. 2. Die Aufzählung der betreffenden Behörden und Stadtverwaltungen ist unvollständig und ungenau. 3. Betreffende Nummern haben wir leider nicht mehr. Die anderen Nummern folgen. Gruß! — St. in Augsburg: 1,85 Mk. — P. in Eberfeld: 3,30 Mk. — W. in Göttingen: 3,80 Mk. — S. S. in Berlin: 0,65 Mk. — P. U. in Jauer: Sie müssen sich reklamierend an das dortige Postamt wenden; die Post hat die Exemplare erhalten und muß auch liefern. — A. B. in Freiberg: Einmal kam Ihr Inzerat für die Sonnabendnummer zu spät hier an, dann aber sind allen „Nichtzähler“, „Elefanten“, „Spin“ usw. Mühs die Spalten des „Corr.“ verschlossen; eine solche Säuberung waren wir der Würde unserer Organisation schuldig. — Knie in Stuttgart: Geben Sie uns die Endsumme lieber per Karte an; auf dem letzten Rapporte war ja noch von ausstehenden Listen die Rede. — Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden: 1. Sie werfen uns „uninteressant Treiben gegen die Konsumvereine“ vor, gegen welche beweiskräftige und willkürliche Verdächtigungen wir uns nicht zu verteidigen nötig haben. 2. Haben wir keinen Artikel gegen den Konsumverein Leipzig-Plagwitz veröffentlicht, sondern nur unwahre und uns unter dem Vorwandzweck des Preßgesetzes zugegangene Behauptungen der Verwaltung des gen. Konsumvereins gebührend zurückgewiesen. 3. Sind die Ihnen angeblich gewordenen Informationen lediglich wärdenhafte Dichtungen. 4. Mag der Konsumverein Leipzig-Plagwitz,

dessen Leitung es doch sonst so gut versteht, nach § 11 des Preßgesetzes zu berichten, mit Beweismaterialien anzutreten, und unsere mit Beweisen zu belegende Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse zu erschüttern versuchen. 5. Eine „Nacht“, tarifuntreue Druckereien zu unterstützen, mag vielleicht bei der Verwaltung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz nicht vorliegen, so lange die tariffreien Geschäfte so billig für den Konsumverein arbeiten wie der Lehrlingszüchter und Lohnbrüder. 6. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ würde den Arbeitern einen besseren Dienst leisten, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben würde, statt diejenigen mit boshaften Phrasen niederzuknüffeln, die auch nach den Grundzügen der Sozialdemokratie im Rechte sind. Wir verlangen statt Phrasen ledigliche Beweise! Also „heraus mit Eurem Fieberwisch!“

In dem Artikel: „Frau, schau, wem?“ in Nr. 31 des „Corr.“ muß es auf Spalte 1, Absatz 4, Zeile 6 anstatt § 37: § 34 heißen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Auf verschiedene Anfragen der Gauderverwaltungen betreffs Zusammenstellung der Statistik teilen wir hierdurch mit, daß die Zusammenstellung nach dem aus den Bezirken und Mitgliedschaften eingegangenen Materiale von den Gauderverwaltungen vorzunehmen ist. Das Endresultat, d. h. die Gesamtzahl der im Gau befindlichen Seher usw., ist dann ohne Angabe der Druckorte oder der Druckereien auf ein Statistikkartei zu übertragen und nur dies nach hier einzusenden, während das aus den Mitgliedschaften eingegangene Material bei den Gauderverwaltungen zu verbleiben hat.

Berlin.

Der Vorstandsvorsitz.

Bezirk Offenbach. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Otto Schulze, Biebererstraße 69, H., erster Vorsitzender; Karl Galler, zweiter Vorsitzender; Heinrich Stein, Domstraße 16, II, Kassierer; Walter Berg, Schriftführer; Josef Reichberger, Beisitzer.

Leipzig. (Maschinenseherklub.) Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: F. Sat, Leipzig-Neuschönefeld, Eisenbahnstraße 14, II, erster Vorsitzender; E. Desjann, zweiter Vorsitzender; Klemm, Kassierer; Staudt, Schriftführer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Alsfeld der Seher Anton Leutkewäger, geb. in Meß 1881, ausgl. das. 1897; war schon Mitglied. — In Wehlar 1. der Schweizerdegen Karl Weingarten, geb. in Götting 1872, ausgl. das. 1889; war schon Mitglied; 2. der Seher Heinrich Fahn, geb. in

Marburg 1887, ausgl. in Wehlar 1904; war noch nicht Mitglied. — August Holland in Gießen, Schultstr. 11, II.

In Bischofsberga der Schweizerdegen Kurt Köbke, geb. in Kemberg 1884, ausgl. in Düben a. M. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Dresden 1. der Seher Alfons Müller, geb. in Briesnitz b. Dr. 1885, ausgl. in Dresden 1905; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Emil Vogel, geb. in Lodwitz b. Dr. 1865, ausgl. in Dresden 1885; 3. der Drucker Alfred Heun, geb. in Dresden 1884, ausgl. das. 1902; waren schon Mitglieder. — In Niederfeld der Seher Max Grohmann, geb. in Zittau 1863, ausgl. in Leipzig 1881; war schon Mitglied. — In Pirna der Schweizerdegen Hermann Stöckel, geb. in Plauen i. V. 1878, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — In Sebnitz der Seher Willy Winkler, geb. in Sebnitz 1885, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — Hermann Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In Düllken 1. der Maschinenseher Peter Hülfers, geb. in Düllken 1886, ausgl. das. 1904; 2. der Seher van den Broek, geb. in Bistard bei Düllken 1885, ausgl. in Düllken 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Murmann in Krefeld, Blumenstraße 94.

In Raxenburg (Rauenburg) die Seher 1. Hermann Meyer, geb. in Herzhorn (Kreis Steinburg) 1886, ausgl. in Krempe 1905; 2. Willy Pappelbaum, geb. in Döllitz bei Rochitz 1884, ausgl. in Öhringwalde 1902; waren noch nicht Mitglieder. — J. Chr. Heilmann in Jüßburg, Angelburgerstraße 44.

In Salem der Seher August Kuhl, geb. in Dann und Bierwinden (Lothringen) 1836, ausgl. in Zabern (Elsaß) 1904; war noch nicht Mitglied. — Chr. Holz in Konstanz, Scheffelstraße 11.

Arbeitslosenunterstützung.

Gießen. Der Seher Bruno Rehberg aus Rummelsburg hat sein Duitungsbuch (322 S. 1/2) in Regensburg verloren. Der etwaige Inhaber wird gebeten, dasselbe an den Hauptverwalter Ad. Beyer, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III, einzusenden. R. erhielt ein neues Buch (1886 Frankfurt-Beilen). Das erste Duitungsbuch wird hiermit für ungültig erklärt.

Laut-Ausschuß für Deutschlands Buchdrucker.

Zarifreis VII.

Die Wahl der Gehilfenmitglieder des Tarifschiedsgerichtes in Leipzig findet Freitag den 24. März statt und sind die Stimmzettel bis Sonnabend den 25. März an das Bureau des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen einzusenden.

Die öffentliche Auszählung der Stimmzettel erfolgt Dienstag den 28. März, abends 7 Uhr, im Besesszimmer des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen.

Leipzig, den 17. März 1905.

A. Bogenitz, Gehilfenvertreter des Tarifkreises VII.

Für Schriftsetzer.

Eine angelegene Feuerversicherungs-Gesellschaft sucht in allen Städten Deutschlands unter sehr günstigen Bedingungen

tätige Agenten.

Werte Offerten unter A. E. 3612 an Rudolf Hoffe, Erfurt, erbeten. [601]

Stempelseher

im ovalen und runden Saße geübt, findet dauernde Kondition. [749] H. Hecht, Berlin S 42, Dranienstr. 142.

tüchtige russische Seher

verlangt sofort die Generalische Buchdruckerei in Berlin, Lindenstraße 93. [800]

Ein tüchtiger Notationsmaschinenmeister

für König & Bauersche Maschine (vierseitig), der auch an Schnellpresse u. Siegel gut bewandert sein muß u. sonst vollständig selbstständig arbeiten kann, wird zu sofortiger oder baldiger Eintritte gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung ist die Kondition darnach event. Lebensstellung. Werte Off. unter G. K. 798 an die Geschäftsst. d. W. erb.

Tüchtiger Zeuggraver

findet dauernde und lohnende Stellung in Wilh. Cronau's Schriftsetzerei Berlin - Schöneberg, Weißgerstraße 61.

Tüchtiger, selbständiger

Maschinenmeister

wescher in Illustrations, Werk-, Platten-, Kfz., und Runddruck an der Schnell- u. Vektorpresse gut erfahren ist, sucht sich zu verändern. Werte Off. unter „B. S. 802“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Augsburg.

der Rechnungsablage pro 1904 für die Vereinskasse; 2. Festsetzung der Beiträge und Unterstützungen für das laufende Rechnungsjahr; 3. Beschlußfassung über die Ausführungsbestimmungen; 4. Beschlußfassung über die Ausschusses und der Rechnungsrevisionen; 6. Vereinsmitteilungen. — Wichtiger Tagesordnung halber bittet um vollzähliges Erscheinen

Maschinenmeisterklub Ludwigshafen-Mannheim.

Kommenden Sonntag, den 26. März, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in Mannheim, im Lokale zum „Prinz Max“, H. 3. 3 eine

Allgemeine Maschinenmeisterversammlung

statt, wozu sämtliche Kollegen von Ludwigshafen-Mannheim, Frankenthal, Speier, Schwetzingen, Weinheim mit der Bitte um vollzähliges und pünktliches Erscheinen gebeten werden.

Tagesordnung: 1. Zweck und Ziele der Maschinenmeisterbewegung; die wichtigsten im Druckgewerbe; welches sind unsere Forderungen, um dieselben abzuschließen? 2. Diskussion.

Referent: Kollege Bruno Keller aus Mannheim.

Der Vorstand. [801]

Wichtige Preisherabsetzung!

Müller-Dehlfers Praktischer Leitfaden für Buchdruck (Neuaufgabe) statt 8,50 Mk. für 6,50 Mk. zu beziehen für Norddeutschland durch Hth. Hirtels Buchhandlung in Leipzig-K. Bestellungen aus Süddeutschland wolle man an Herrn M. Dehlfers, Stuttgart, Friedhofstraße 2, richten.

Unentbehrlich! Unentbehrlich!

Anhang zum Tarife

von Konrad Eichler, Leipzig, Schimonstr. 8 Preis pro Exemplar 10 Pf. Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Befestlungen außerdem noch bis zu 6 Stück 2 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. belegen.

Ueber Setzmaschinen.

Hth. Härtel in Leipzig-R. — 1,80 Mk.

Bezugspreis des Corr. bet allen Postämtern jährlich 0,65 Mk. (in Österreich-Ungarn und den übrigen Ländern ist der Bezugspreis bei den Postämtern zu erfahren). — Unter Band nach Deutschland und Österreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk. bei wöchentlich einmaliger Zustellung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Österreich 1,00 Mk., dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

Differenzbriebe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Konrad Eichler), Leipzig, Schimonstr. 8, zu senden. Erbetene Briebe ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

Am 9. März verschied in seiner Heimat in Tilsit unser lieber Kollege
Friedrich Wilhelm Gawehns
nach langem schweren Leiden im Alter von 29 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Eberfeld. [796]

Am 14. März verschied nach längerem schweren Leiden unser lieber Kollege, der Setzer
Karl Höltge
aus Wehrstedt bei Halberstadt im Alter von 86 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt
Das Personal der O. Henselschen Offizin Gottesberg. [797]

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 43
Liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Der Faktor. Hilfsbuch für Faktoren. Geb. 4 Mk. Kommentar zum Minimal-Druckpreis-Tarif. Mit etwa 130 in Satz, Druck, Papier und Buchbinderarbeit enthaltene nach dem Tarife ausgeführten Druckarbeiten. In festem, elegantem Einband. 20 Mk. Geschichte der Setzmaschine und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Hermann. Mit vieler Illustr. 1,80 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Setzmaschinen und deren Technik.) Tabellen zur Schönerrechnung. Von Karl Windsfeld. Angabe des Satzpreises einer beliebigen Zeilenzahl samt Zuschlägen für alle Regelgrößen. Auf 56 Seiten (3 1/2 Bogen gr. 8) enthalten diese Tabellen die Grundpreise von 24 bis 88 Pf. des gesamten deutschen Normatartiges des Corr. in 100 Formaten u. zwar von 31 bis 130 Zeilen. 300 Zeile. 3 Mk. Angeführte Leitfaden zu nachfolgenden Heften im Setzen, insbesondere in Schnellsetzen. Von einem älteren Seher. 3. Aufl. 50 Pf.